



Pressemitteilung

5. April 2024

BVMB: „Bauen muss in der Bundesregierung endlich zur Chefsache werden!“

Verband sieht die Bauwirtschaft „im Stich gelassen“

Die aktuellen Zahlen (März) des Statistischen Bundesamts verheißen für die Bauwirtschaft nach wie vor nichts Gutes: Die Zahl der eingegangenen Aufträge ist im Januar 2024 erneut zurückgegangen – diesmal um weitere 7,4 Prozent gegenüber dem Vormonat Dezember. Auch der reale Umsatz im Bauhauptgewerbe ist weiter rückläufig. Im Vergleich zu Januar 2023 ging er um 5,3 Prozent zurück. „Das ist keine schöne Entwicklung“, kommentiert Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) das aktuelle Zahlenmaterial. „Umso erstaunlicher, dass die Politik immer noch nicht spürbar und wirksam gegensteuert“, kritisiert er. „Bauen muss vor allem in der Bundesregierung endlich zur Chefsache werden“, fordert der Verband ein „deutlich verstärktes Engagement in Berlin und auch auf der Länderebene“. Es könne nicht angehen, dass die Politik dem Abwärtstrend „nahezu tatenlos zuschaut“.

12 Prozent Auftragsrückgang am Bau innerhalb nur eines Monats

Vor allem im Hochbau und hier speziell im Wohnungsbau herrscht laut BVMB „Katastrophenstimmung“. Die Bautätigkeit in diesem Sektor liege nach wie vor komplett am Boden. Das belegen auch die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts (Destatis). Der reale preisbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist nach Destatis-Angaben im Januar 2024 gegenüber Dezember 2023 kalender- und saisonbereinigt um weitere 7,4 Prozent zurückgegangen. Im Hochbau war der Auftragseingang am deutlichsten abgestürzt mit einem Rückgang um 12 Prozent innerhalb nur eines Monats. Im Tiefbau betrug der Rückgang zumindest nur 3,1 Prozent in dem gleichen Zeitraum.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2023 stieg der reale kalenderbereinigte Auftragseingang um 1,3 Prozent. Dabei nahm der Auftragseingang im Tiefbau um 9,9 Prozent zu, im Hochbau sank er dagegen um 6,9 Prozent. Der nominale (nicht preisbereinigte) Auftragseingang im Bauhauptgewerbe lag um 4,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. „Das ist aber leider lange noch keine Trendwende, das sind gerade mal normale Schwankungen“, warnt Michael Gilka vor überzogener Hoffnung. Auch die Umsatzgrößen gehen laut Destatis nach unten: Der reale Umsatz im Bauhauptgewerbe lag im Januar 2024 um 5,3 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Der nominale Umsatz sank im gleichen Zeitraum um 3,6 Prozent auf 5,0 Milliarden Euro.

Zentrale Rolle der öffentlichen Auftraggeber für den Bau

„Wie lange will die Bundesregierung noch zusehen, dass eine der zentralen Branchen der deutschen Wirtschaft im Abwärtsstrudel treibt, ohne endlich mal wirklich wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen?“, fragt der BVMB-Hauptgeschäftsführer. „Die Bundesregierung und die Länderregierungen müssen die Situation am Bau endlich zur Chefsache machen“, fordert er. Die öffentliche Hand habe „entscheidende Mitverantwortung“ für die Baubranche. Gerade in Krisenzeiten sei die Bauwirtschaft auf eine Verstärkung der öffentlichen Aufträge angewiesen. „Was wir erleben, ist stattdessen vielfach ein Zögern, Zaudern, langwierige Planungen und ewige Genehmigungsverfahren“, beschreibt Gilka die tatsächliche Situation. Die Bundesregierung „schleppt sich nur von Gipfel zu Gipfel und lässt die Bauwirtschaft im Stich“, verweist er auf mehrere absolvierte Wohnungs- und Brückengipfel. „Spürbar rausgekommen für die Praxis ist allerdings nie was“, resümiert der Verbandsvertreter. Nicht nur die BVMB unterbreite der Politik bereits seit vielen Monaten Abhilfevorschläge: Hochlauf öffentlicher Aufträge, Umsetzung der von der Politik vollmundig angekündigten Brücken- und Bahnbauaufträge, eine schlagkräftig und vor allem verlässliche und transparente Förderkulisse für den Wohnungsbau und weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau oder der Reduzierung der Steuerlast von Unternehmen. Wichtig ist Planungssicherheit, das bedeutet in erster Linie, man muss die Finanzierung der notwendigen Investitionen in alle Verkehrsträger sicherstellen.

Länder müssen ihren Kommunen helfen

Auch die Länderregierungen nimmt Gilka in die Pflicht: „Die kommunalen Auftraggeber sind für viele unserer Bauunternehmen die Überlebensgarantie“, erklärt er, „aber sie können nur weiter Bauaufträge vergeben, wenn ihnen die Länder finanziell deutlich mehr unter die Arme greifen als bisher.“ Kommunen hätten nur begrenzte Möglichkeiten, selbst Einnahmen zu generieren, darunter insbesondere die Gewerbesteuer. Wenn diese durch die aktuellen Konjunkturdellen nicht so sprudle wie nötig, müssten Finanzspritzen der Länder dies auffangen. „Es geht nicht nur um Aufträge für die Bauwirtschaft, es geht vor allem auch darum, dass gerade im kommunalen Bereich unzählige Straßen und öffentliche Gebäude dringenden Sanierungsbedarf haben, um einen dramatischen Substanzverbrauch zu verhindern.“

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.